

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Chemische Waffen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag unterstützt die Erklärung des Bundeskanzlers vom 11. April 1986, wonach

- die Bundesregierung alles tun wird, um sicherzustellen, daß die chemischen Waffen weltweit und zuverlässig nachprüfbar vernichtet werden,
- es sich bei der Frage einer Modernisierung des amerikanischen Chemiewaffenpotentials um eine nationale Entscheidung der amerikanischen Regierung handelt,
- es keine Stationierung neuer binärer chemischer Waffen in der Bundesrepublik Deutschland geben wird.

Der Deutsche Bundestag begrüßt es, daß die zwischen Bundeskanzler Dr. Kohl und Präsident Reagan in Tokio getroffene Vereinbarung dieser Zielsetzung entspricht.

Der Deutsche Bundestag bekräftigt:

- 1 Vorrangiges Ziel bleibt die Vereinbarung eines weltweiten, umfassenden und zuverlässig verifizierbaren Verbots der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von chemischen Waffen sowie der Vernichtung solcher Waffen und ihrer Produktionsstätten. Es müssen alle Bemühungen unternommen werden, dieses Ziel so schnell wie möglich zu erreichen.
2. Die Modernisierung des amerikanischen Chemiewaffenpotentials, durch das ein möglicher Aggressor vor einem völkerrechtswidrigen Ersteinsatz solcher Waffen abgeschreckt werden soll, bleibt eine nationale amerikanische Entscheidung.
3. Die auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland gelagerten amerikanischen chemischen Waffen werden spätestens Ende 1992 abgezogen.
4. Es wird keine Stationierung neuer binärer chemischer Waffen in der Bundesrepublik Deutschland geben. Auch in einem Eventualfall wird eine Verbringung amerikanischer binärer chemischer Waffen

- nur auf Grund umfassender politischer Konsultationen in der Nato,
- nur bei Sicherstellung breiter Beteiligung der Bündnispartner, so daß kein Land singularisiert wird und
- nur mit Billigung und auf Bitte der Aufnahmeländer erfolgen.

Der Deutsche Bundestag fordert alle Teilnehmer an den im Rahmen der Genfer Abrüstungskonferenz stattfindenden Verhandlungen über ein weltweites, zuverlässig überprüfbares Verbot chemischer Waffen auf, die vom amerikanischen Kongreß bis zur Endfertigung der ersten binären CW gesetzte Aufschubfrist bis zum 1. Dezember 1987 voll zu nutzen, um noch vorher ein Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von chemischen Waffen zu vereinbaren.

Er fordert die Bundesregierung auf, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die Erreichung dieses Ziels zu fördern.

Der Deutsche Bundestag appelliert an die Sowjetunion, die im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten ihr C-Waffen-Potential ständig erweitert und modernisiert hat, während die USA ihre Chemiewaffen-Produktion seit 1969 eingestellt haben, jetzt auch ihrerseits durch konstruktive Beiträge in den Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz, insbesondere auf dem Gebiet der Verifikation, daran mitzuwirken, daß ein weltweites, umfassendes und zuverlässig nachprüfbares Verbot chemischer Waffen und ihrer Produktionsanlagen so schnell wie möglich vereinbart werden kann.

Bonn, den 13. Mai 1986

Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion
Mischnick und Fraktion